

# Inwieweit wird die aktuelle Politik der AKP von politischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren in der Türkei als postislamistisch wahrgenommen?

## Einführung

Die Politik der AKP wurde von europäischen und amerikanischen Entscheidungsträgern wiederholt für ihre Anstrengungen gelobt, islamische Werte mit einem Demokratisierungsprozess zu verbinden (Vgl. Mudhoon 2009). İhsan Dağı attestierte der AKP auf der Grundlage von Asef Bayats theoretischen Überlegungen einen postislamistischen Charakter (Vgl. Dağı 2013: 101). Dieser These wurde in Form der qualitativen Forschungsfrage deduktiv nachgegangen, welche folgende zu erklärende Heuristiken beinhaltet:

- *Aktuelle Politik der AKP*: Damit ist der Zeitraum seit dem Wahlerfolg der AKP bei den Parlamentswahlen im Jahr 2002 gemeint;
- *Politische und zivilgesellschaftliche Akteure der Türkei*: Dies beinhaltet die besuchten Interviewpartner;
- *Postislamismus*: Als theoretischer Rahmen dient das analytische Konzept „Postislamismus“ von Asef Bayat und weiterführend von İhsan Dağı.



*Türkei im Spannungsfeld zwischen kemalistischer Vergangenheit und postislamistischer Zukunft?*

## Theoretischer Rahmen

Der Begriff Postislamismus bezeichnet die Abwendung politischer Akteure von islamistischen Doktrinen hin zu einer demokratisch-islamistischen Mischform (Vgl. Bayat 2013: 8). Bedingt durch interne Widersprüche und externe Einflüsse entstand eine Verbindung von demokratischen und islamischen Werten. Dies stellt eine Veränderung in der Denkweise islamistischer Akteure dar und nicht nur eine pragmatische Änderung in ihrer politischen Strategie (Vgl. Dağı 2013: 72).

Bayat und Dağı stellen allgemeine Charakteristika fest, die auf alle post-islamistischen Akteure zutreffen. Dazu gehören etwa „demokratische Werte“ wie Toleranz gegenüber Minderheiten und abweichenden Meinungen, Religionsfreiheit und ein spezifisches Verhältnis

*„Post-Islamism is [...] Islamism fused with democracy and pluralism.“ (Dağı 2013: 71)*

zwischen Religion und dem formalen Staat. Der Postislamismus verwirft das Ideal eines islamischen Staates. Stattdessen streben Postislamisten einen zivilen und nicht-religiösen Staat an, obwohl sie gleichzeitig eine aktive und prominente Rolle der Religion in der Öffentlichkeit vorsehen (Vgl. Dağı 2013: 72ff.). Daher wurden als Indikatoren für Postislamismus der Sammelbegriff „demokratische Werte“ und die Beziehung zwischen Staat und Religion ausgewählt.

## Ergebnisse

### Demokratische Werte und Pluralismus

Die Auffassung der befragten Akteure in den Bereichen Demokratie und Pluralismus divergiert zum Teil erheblich.

Die Mitarbeiterinnen der *Hrant Dink-Stiftung* sehen eine signifikante Verbesserung der Rechte von Minderheiten seit 2002. Bis 2011 seien im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen Gesetze verabschiedet worden, durch die sich die Situation der Armenier in der Türkei verbessert habe. Allerdings befördere auch die AKP die Diskriminierung der armenischen Minderheit. Diese Diskriminierung sei jedoch kein Spezifikum der AKP, sondern eine nationale Politik, die alle großen türkischen Parteien verfolgen würden.

Die Zeitung *Evrensel* befürchtet, dass durch den Aufbau eines AKP-freundlichen Medienmonopols die Pressefreiheit in Gefahr sei. Oppositionelle Journalisten würden stark verfolgt, was zwar auch vor der Regierungszeit der AKP passiert sei, jedoch habe die Zahl der Verhaftungen in den letzten Jahren stark zugenommen und Journalisten würden gezielt unter Druck gesetzt. Das *Açık Radyo* gab demgegenüber an, dass sie trotz ihrer regierungskritischen Haltung, berichten könnten, worüber sie wollen.

*Çarşı*, die Ultras von Beşiktaş Istanbul, sehen sich seit einigen Jahren vom Staat verfolgt und bedrängt. In Folge ihrer Beteiligung an den Gezi-Protessen häufen sich die Gerichtsverfahren gegen die *Çarşı*-Ultras, wofür sie die AKP verantwortlich machen. Beim *Ateizm Derneği* wird die Politik der AKP ebenfalls als marginalisierend und autoritär angesehen, da sie sich unmittelbar vom Wohlwollen der AKP abhängig fühlen.

Die *Gazeteciler ve Yazarlar Vakfı* betonte, dass seit der Korruptionsaffäre der AKP im Dezember 2013 eine Kursänderung der Partei zu konstatieren sei. Während die AKP zuvor demokratische Werte vertreten und gegen den kemalistischen Machtblock verteidigt habe, sei ihre Politik zunehmend autoritär und repressiv geworden.

### Verhältnis Staat und Religion

In der Wahrnehmung der Befragten versucht die AKP ein von ihnen vertretenes Set an Moralvorstellungen in der Gesellschaft hegemonial werden zu lassen.

Der Chefredakteur des *Açık Radyo* berichtete, dass dem Sender nach einer gesendeten Bukowski-Lesung der Verstoß gegen die öffentliche Moral vorgeworfen worden sei und er daraufhin kurzzeitig habe schließen müssen. Weiter führte der Chefredakteur aus, dass die AKP Schlüsselpositionen mit parteitreuen Personen besetze, die von dort direkten Einfluss auf das kulturelle Leben ausüben könnten.

Die Gesprächspartner\_innen bei *Evrensel* und *KA.DER* führten aus, dass die AKP versuche, konservative und traditionelle Werte in der Gesellschaft zu verankern. Dies machten sie beispielsweise an der Beschneidung von Frauenrechten und dem Abbau von säkularen Gesetzen, wie der Abschaffung des Kopftuchverbots, fest.

Auch die Mitarbeiter\_innen vom *Gazeteciler ve Yazarlar Vakfı* hatten diesen Eindruck und nannten die Einschränkung des Alkoholkonsums durch eine höhere Besteuerung und das zeitweilige Verbot des öffentlichen Konsums als Beispiel. All diese Maßnahmen seien jedoch von der AKP nicht direkt mit religiösen Argumenten begründet worden.

Auffällig war hierbei, dass fast kein Interviewpartner die Politik der AKP als islamisch motiviert bezeichnete, sondern dafür von einer von der Regierung vorangetriebenen Konservatisierung (*muhafazakarlaşma*) der Gesellschaft sprach. Allein ein hochrangiges *Çarşı*-Mitglied bezeichnete die AKP-Politik nicht nur als islamisch, sondern sogar als konfessionell-sunnitisch motiviert.

*„[...] Turkish post-Islamists have replaced Hak (God) with Halk (people).“ (Dağı 2013: 73)*

## Fazit

Die wahrgenommene Politik der AKP lässt sich zumindest während der ersten beiden Legislaturperioden seit 2002 anhand der beiden Indikatoren weitestgehend als postislamistisch bezeichnen. Die Mehrzahl der befragten Akteure nahm in diesem Zeitraum eine zunehmende Demokratisierung unter der AKP-Regierung wahr, insbesondere in den Bereichen Schutz von Minderheitenrechten, Inklusion, und Pluralismus. Im Bereich der Presse- und Meinungsfreiheit gingen die Aussagen hingegen auseinander. Grundsätzlich stellten die Interviewten, besonders die *Çarşı*-Ultras, für die letzten Jahre jedoch eine Abkehr von dieser Politik fest. Die Gezi-Park-Protteste sowie die Korruptionsaffäre der AKP im Dezember 2013 wurden dabei als spezifische Wendepunkte angegeben.

Auf die Fragen nach der perzipierten Beziehung zwischen staatlichem Handeln und Religion lassen sich zwei Tendenzen erkennen. Die AKP versuche den Aussagen nach ein spezifisches Set von Moralvorstellungen innerhalb der Gesellschaft hegemonial werden zu lassen. Diese wurden jedoch generell nicht als islamisch eingeordnet, es wurde vielmehr von konservativen Werten und einer Konservatisierung der Gesellschaft durch die Politik der AKP gesprochen. So ist die Politik der AKP zwar analytisch als postislamistisch einzustufen, wird aber im Diskurs der getroffenen Gesprächspartner weniger als postislamistisch oder islamistisch, sondern als konservatisierend wahrgenommen. Bayat und Dağı machen in ihrem theoretischen Konzept des Postislamismus nicht deutlich, wie zwischen einer Änderung in der Denkweise und einer bloßen Änderung der politischen Strategie unterschieden werden kann. So befürchtet mittlerweile selbst Dağı, dass die AKP seit 2013 eine „de-democratization“ (Dağı 2014) betreibe, um ihre Machtposition zu festigen. Dies zeigt, dass nur langfristig deutlich wird, ob die Übernahme demokratischer Prinzipien als politische Strategie oder tatsächlich als Umdenken islamistischer Akteure anzusehen ist.